IG Alter - Kantonsrat St.Gallen

Kontaktperson: Mathias Müller, Hauptgasse 8, 9620 Lichtensteig
058 228 23 98 / 079 615 78 55 / mathias.mueller@lichtensteig.sg.ch

Departement des Innern
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen

Per Mail an: info.diafso@sg.ch

Lichtensteig, 31. August 2021

Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik: Gutes Alter(n) gemeinsam aktiv gestalten
Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Bucher
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik. Die IG Alter ist eine überparteiliche parlamentarische Interessengruppe, welche in engem Austausch steht mit den kantonalen Fachverbänden im Bereich Alter. Nachfolgend erlauben wir uns einige Hinweise stichwortartig einzubringen zum vorgelegten Arbeitspapier.

Grundsätzliches - Verbindlichkeit - Konkretes - Gestaltung - Zusammenfassung

- grundsätzlich sehr gute Grundlage, umfassende und breite Auslegeordnung, sehr informativ
- für gute Lesbarkeit bräuchte es aber eine grafische Erleichterung, um die Systematik (Bezug der Gestaltungsfelder und der Handlungsfelder) zu verstehen – ab Kapitel 5/6 sollten die Gestaltungsfelder klarer deklariert werden
- Störend ist, dass mehrfach von Töchtern und Schwiegertöchtern gesprochen wird und nie von Söhnen und Schwiegersöhnen
- Die tabellarisch aufgelisteten Massnahmen sind mehrfach unsorgfältig formuliert und scheinen nicht immer kongruent; zudem sind die Zuständigkeiten (Spalte «Wer») vielfach zufällig gewählt, lückenhaft und unpräzis
- insgesamt wird der Bericht zu wenig konkret und vor allem fehlen eine klare Priorisierung, Schwerpunktsetzung
- gut wäre ein Fahrplan, der aufzeigt, was wann wo in Angriff nehmen soll
- wesentliche Kernaussagen fehlen, ebenso eine Zusammenfassung und ein Schlusswort
- insgesamt fehlt die Verbindlichkeit auf allen Ebenen und die Zuständigkeiten (insbesondere bzgl. Lead) sind unklar

Partizipation - Soziale Teilhabe
- wichtiger Wechsel in der Philosophie, weg von der Defizitorientierung, hin zu den Ressourcen und Potentialen
- Unterscheidung der Begriffe Teilhabe und Partizipation schwierig (Umformulierung sinnvoll)

Finanzen – Rolle Kanton / Gemeinden / Private
- insgesamt bei der Finanzierung konkreter werden und wenig realistische Modelle, wie Pflegeversicherung weglassen (müsste ohnehin national gelöst werden)
- sehr viel Verantwortung wird an die Gemeinden delegiert; wie wird sichergestellt, dass bei den doch sehr unterschiedlich aufgestellten Gemeinden alle ähnliche Angebote bekommen? Im Bereich Sozialberatung wurde z.B. vom Kanton ein Katalog an Grundangeboten erarbeitet zusammen mit den Gemeinden.

Grundversorgung - Service Public – Staat in der Verantwortung
- die Aussage fehlt, dass Massnahmen im Bereich «Alter» ein Teil des Service Public sind und dass sich der Staat bei der Finanzierung beteiligen muss wie z.B. beim öffentlichen Verkehr
- S. 33: Erfahrung zeigt, dass viele ältere Personen doch in ihrer angestammten Wohnung oder in ihrem Haus bleiben. Betreuung/Pflege/Nachbarschaft in angestammtem Umfeld stärker betonen. Wohnform als solche ist nicht entscheidend. Wünschenswert ist eine Klärung, was zur adäquaten Grundversorgung gehört.

Ambulant mit stationär – Vision – Intermediäre Angebote
- Den Grundsatz Ambulant **mit** stationär unbedingt in der Vision einbringen. (S.21 / Kapitel 3.1.)
- Die Finanzen werden im Bericht zu sehr als Treiber in den Vordergrund gestellt statt der Bedürfnisse der alten Menschen; deshalb resultiert die nicht mehr zeitgemässe Losung «ambulant *vor* stationär» (Verhinderung von Heimeintritten) – es muss unbedingt klar werden, dass ambulant und stationär nicht Gegensätze sondern komplementäre Angebote sind.
- Es ist nicht einfach besser, so lange wie möglich zuhause zu bleiben. Dies ist auch volkswirtschaftlich nicht zwangsläufig sinnvoller und soll auch nicht damit begründet werden.
- Intermediäre Angebote (Zwischenangebote zwischen Heimen und Zuhause) verdienen mehr Beachtung. Auch Angebote und Strukturen in den Quartieren und bei alternativen Wohnformen sind wichtig, wobei auch hier nicht der Wohnort/die Wohnform (Hardware) entscheidend ist, sondern die Frage, was es zu einer adäquaten Grundversorgung bzw. als Service Public (Software) braucht.
- Es gilt zu beachten, dass «nur» hindernisfreies Bauen nicht gleichgesetzt werden kann mit altersgerechtem Bauen.

Stationäre Pflege - Spezialpflege - Demenz
- Es braucht ein Statement, dass es die Heime auch in Zukunft brauchen wird
- Die Entwicklung und Rolle der Heime ist zu wenig im Fokus, die stationäre Pflege muss besser integriert werden, insbesondere Spezialpflege wie Demenz etc.
- Das Thema Demenz wird in den nächsten 10 - 20 Jahren sehr wichtig, wird aber zu wenig besprochen, braucht mehr Vertiefung
- Im Vergleich zur Demenz steht der Gefängnisdiskurs nicht im Verhältnis. Dieser Abschnitt ist zu streichen.

Integrierte Versorgung / Koordination / Case Management
- der Fokus auf integrierte Versorgung und auf einer funktionierenden interdisziplinären Zusammenarbeit wird sehr begrüsst
- für die Koordination/Vernetzung sind grundsätzlich die Gemeinden zuständig, aber der Kanton könnte Vorleistungen bringen und z.B. konzeptionelle Grundlagen aufbereiten, Pilotprojekte fördern und die Vernetzung vorantreiben
- Ein Casemanagement ist in diesem Kontext ebenfalls zielführend

Gesundheitsversorgung - Spitalpolitik – Übergangspflege

- was fehlt ist der Bezug zur aktuellen Spitalstrategie, der Bericht muss entsprechend aktualisiert und die Veränderungen aufgezeigt werden.
- Im Moment bestehen genügend akutgeriatrische Angebote; aber unbedingt darauf hinweisen, dass beim Spitalumbau darauf geachtet wird.
- Gesundheitsversorgung ist verglichen mit den Langzeiteinrichtungen sehr stark gewichtet.
- Das an sich sinnvolle und kostengünstige Konzept der Akut- und Übergangspflege in Alters- und Pflegeheimen nach Spitalaufenthalt muss überarbeitet werden. Wird wegen der sehr einschränkenden Bestimmungen (Beschränkung auf 2 Wochen) selten oder gar nicht genutzt. Wichtig ist, dass dies auch in Landgemeinden möglich ist

Fachkräftemangel

- Das Thema ist mitentscheidend für die künftige Entwicklung und muss zwingend ergänzt werden. Was würde es zum Beispiel auch heissen, wenn das Personal schlicht und einfach fehlt?

Care Migration

- Care Migration wird als «Gegeben» angeschaut, aber die Ursachen, warum Care Migrantinnen geholt werden nicht weiter untersucht. Wenn es sie wirklich braucht, müssen vermehrt die Arbeitsbedingungen kritisch beleuchtet werden.
- Ein bereits früher in Aussicht gestellter Massnahmenkatalog sollte endlich konkretisiert und umgesetzt werden.

Qualitätsstandards

- Qualitätsbestimmungen: der Mensch muss im Zentrum stehen und nicht die Qualitätsthematik - es muss auf die Praxis gehört und darf nicht überreguliert werden - auch nicht von Seiten des Bundes.
- Hier braucht es ein Umdenken.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehe bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Mathias Müller, Die Mitte (Vorsitz)

Arno Noger, FDP

Dario Sulzer, SP

Christian Spoerlé, SVP

Jeannette Losa, Grüne